

## **FBM - Aktuell**

**01/2012 (2.6.2012)**

### **STARK III gegen ländliche Schulstandorte**

Mit STARK III, dem Förderprogramm zur energetischen Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten sowie zur Verbesserung der informationstechnischen Ausstattung von Schulen in Sachsen-Anhalt, sollen in Sachsen-Anhalt Investitionsvorhaben der Kommunen insgesamt rund 600 Millionen Euro umgesetzt werden. Alle Schulen und Kindertagesstätten im Land sollen damit - vorbehaltlich der Zustimmung der Europäischen Kommission - bis 2019 energetisch saniert und mit IT modernisiert werden.

Gegen hochmoderne Schulen und Kita's gibt es grundsätzlich nichts einzuwenden und demzufolge ist auch erklärlich, dass die Resonanz aus den Landkreisen und Gemeinden als Träger der Schulen und Kindertagesstätten entsprechend hoch ist, mit derzeit etwa 400 Anträgen (Stand Mai 2012).

Bei der gegenwärtigen Finanznot der Landkreise und Gemeinden sind derartige Fördermittel oftmals die einzige Möglichkeit, die seit mehreren Jahren überfälligen Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten an den bestehenden Kita's und Schulgebäuden zu ermöglichen.

Alle 11 Landkreise und die drei kreisfreien Städte, die Lutherstadt Eisleben und auch alle anderen Städte und Gemeinden im Landkreis Mansfeld-Südharz haben sich deshalb dem landesweiten Wettrennen um ca. 120 Mio. Euro in der ersten Fördermittelrunde (bis Ende 2013) angeschlossen. Wenn man neben den großen Veröffentlichungen des Finanzministeriums jedoch auch das „kleingedruckte“ zum Beispiel zu den Antragsformularen für Fördermittel zur Sanierung der Grundschulen beachtet, wird schnell klar, dass hierbei viele ländliche Grundschulen vom Finanzministerium ausgeschlossen wurden.

Während nach geltendem Landesrecht für den Bestand einer Grundschule in Sachsen-Anhalt insgesamt mindestens 60 Schüler in 4 Klassenstufen erforderlich sind, werden vom Finanzministerium nur Grundschulen gefördert die bis zum Ende des Zweckbindungszeitraumes (2029/2030) mindestens 100 Schüler prognostizieren können.

Damit weicht die Fördermittelrichtlinie des Finanzministers klar vom geltenden Schulrecht in Sachsen-Anhalt, mit seiner Vorgabe von mindesten 60 Grundschulern, deutlich ab und erweist sich somit als Schulschließungsprogramm für den ländlichen Raum. Ob mit diesem Förderausschluss und damit Aufgabe der kleineren Schulstandorte im bestehenden ländlichen Schulnetz die derzeitige demografische Negativentwicklung (sinkende Einwohnerzahl) wirksam bekämpft wird, kann ernsthaft bezweifelt werden.

Wenn seitens in Sachsen-Anhalt die Schulpolitik auch noch im Finanzministerium gemacht wird, dann könnte auch überlegt werden, die Anzahl der Ministerien zwecks Einsparung von Verwaltungs- und Personalkosten auch in Anbetracht der rückläufigen Einwohnerzahl zu reduzieren. Während der Ministerpräsident westwärts um die Rückkehr ehemaliger Einwohner wirbt, verwaltet sein Finanzminister den finanziellen Notstand mit den vorhandenen Geldmitteln und betreibt damit den Rückbau der kommunalen Infrastrukturen außerhalb der zentralen Orte.

So dient unser Geld (unsere Steuermittel) nicht der Daseinsvorsorge für uns Menschen in Sachsen-Anhalt sondern wir laufen alle dem Geld hinterher und verwalten den Mangel! Wenn die Menschen wegen abgewinkelte Infrastrukturen weiter abwandern müssen wir noch mehr sparen und befinden uns damit in einem ständigen Teufelskreislauf!

Die Mitglieder der neuen Partei „Freien Bürger Mitteldeutschland – Die Regionalen“ wollen eine Bürgerpolitik in Verantwortung und mit Gestaltungsrolle für unsere Menschen.

Unsere Kinder sind auch im ländlichen Bereich unsere Zukunft. Gestaltende Bildungspolitik darf nicht einer einseitigen Sparpolitik mit willkürlichen Zielstellungen geopfert werden.